

Der Erste Weltkrieg verteuert auch in der Schweiz viele Waren. Die Löhne der Arbeiter steigen nicht in gleichem Masse. Deutsche und russische Kommunisten und Anarchisten haben wegen revolutionären Umtrieben aus ihren Ländern fliehen müssen und verbringen den Krieg in der ruhigen und traditionell liberalen Schweiz - sich in den öffentlichen Bibliotheken bildend und an revolutionären und anarchistischen Versammlungen teilnehmend.



Gegen Ende des Krieges beginnen - wie im Ausland - die linken Parteigänger, sich gegen die Landesregierung aufzulehnen, was dann in einen Landesstreik gipfelt, einem Generalstreik, der vom 11. bis zum 14. November 1918 dauert. Es beteiligen sich gegen

250'000 Arbeiter und Gewerkschafter. Die bürgerliche Gegenseite bietet über 100 000 Soldaten auf, welche die Massen mit Säbel, Bajonetten und scharfer Munition in Schach halten. Der Landesstreik ist eine grosse gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, die nahe an den Bürgerkrieg führt.

Durch das Eingreifen der Armee und weil auf dem Land fleissig weitergearbeitet wird, unterbleibt vorerst die Wirkung des Streiks. Nach drei Tagen blasen die Arbeiterführer den Streik wieder ab.

Viele der Forderungen des Streikkomitees werden aber dann mehr oder weniger schnell erfüllt, die Verhandlungen weitergeführt, bis es zwanzig Jahre später zu einem Friedensabkommen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern kommt. Dieser Arbeitsfrieden hält bis heute an. Dass es in der Schweiz kaum Streiks gibt, hat dem Land Wohlstand gebracht und es zu einem idealen Wirtschaftsstandort gemacht.

Seit dem Kriegsausbruch vom August 1914 hatten sich die Lebensbedingungen in der Schweiz zunehmend verschlechtert. **Die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum vergrösserte sich.** Eine Inflation schuf Gewinner und Verlierer. Profitieren konnte die Landwirtschaft, teilweise auch die Industrie, die nicht selten für beide kriegsführenden Mächte produzierte. Auf der Verliererseite

GLOSSAR:

AHV:

Anarchisten:

Bajonett:

Bourgeoisie:

Brigade:

Freisinn:

Gewerkschaft:

Grenchen:

Infanterie:

Inflation:

Kommunisten:

Oktoberrevolution:

Olten:

Sozialpartner:

Streik:

Streikkomitee:

Streikposten:

Verband:

Verfassung:

standen die einfachen Leute, die unter der zunehmenden **Lebensmittelknappheit** und dem massiven **Ansteigen der Mieten** litten.

Auch in der Armee war die Stimmung keineswegs die beste. Die Wehrmänner hatten **langen Militärdienst** leisten müssen, waren finanziell schlecht abgesichert und litten zudem unter dem preussischen Drill. Gegen Kriegsende breitete sich eine **Grippeepidemie** aus, an der rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung erkrankte und die etwa 22'000 Todesopfer forderte.



Nationalrat **Robert Grimm**, SPS, Chefredaktor der „Berner Tagwacht“

Im November 1917, im langen **Schatten der russischen Oktoberrevolution**, ereigneten sich Aktionen gegen Munitionsfabriken in Zürich, die zur Einstellung der Produktion gezwungen wurden. Zwei Tage später gab es **Strassenschlachten zwischen Demonstrierenden, Polizei und Militär**, die vier Todesopfer forderten und bei einem Hungerkrawall in Biel wurde ein junger Mann von der Ordnungstruppe erschossen.

Nationalrat Robert Grimm, der am linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei (SP) politisierte, plante 1918 einen Massenstreik als Krönung des Klassenkampfes und als Möglichkeit, die Bourgeoisie zu stürzen und der Arbeiterklasse zur Macht zu verhelfen - ähnlich wie es 1917 in Russland geschehen war.

Parteileiter und Gewerkschaftsführer schlossen sich im „**Oltener Komitee**“ zusammen. Robert Grimm leitete eine Tagung, die an die Schweizerische Regierung folgende Forderungen stellte:

AUFGABE: Bei jeder der Forderungen, die das Oltener Komitee stellte, stehen hier zwei Erläuterungen. Eine davon ist jeweils unsinnig. Streiche diese durch:

1. Neuwahl des Nationalrates im Proporzsystem. **Jede Partei erhält Sitze gemäss ihrer Stimmenzahl. - Diejenige Partei, die am meisten Stimmen macht, kann dann den Bundesrat wählen.**
2. Frauenstimmrecht. **Dieses wurde dann erst über 50 Jahre später eingeführt. - Diese Forderung schien auch den bürgerlichen, den konservativen und katholischen Parteien unbestritten zu sein.**
3. Einführung der Arbeitspflicht. **Jeder hat das Recht, Arbeit zu erhalten. - Wer nicht arbeiten will, soll vom Staat dazu gezwungen werden.**
4. Die 48-Stunden Woche. **Der Samstag muss arbeitsfrei sein. - Am Samstagmorgen soll noch gearbeitet werden.**
5. Die Armee soll Volksheer werden. **Alle Ränge sollen abgeschafft werden. - Auch Arbeitersöhne sollen als Offiziere Truppen kommandieren können. -**
6. Ausbau der Lebensmittelversorgung. **Der Staat soll Bestimmungen über Produktion und Verteilung der Lebensmittel erlassen und nötigenfalls Preise festlegen können. - Mindestens einmal pro Tag Fleisch essen zu können soll ein Grundrecht jedes Bürgers sein.**
7. Alters- und Invalidenversicherung. **Wer alt oder invalid ist, soll eine Rente erhalten, womit er dann seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. - Wer aus Altersgründen oder wegen Unfalls oder Krankheit aus dem Arbeitsprozess ausscheidet, soll bis zum Lebensende den gleichen Lohn wie vorher erhalten.**
8. Staatsmonopol für den Import und den Export. **Beschränkung der Ein- und Auswanderung. - Der Staat regelt die Ein- und Ausfuhr.**
9. Die Staatsschulden sollen von den Reichen bezahlt werden. **Die Steuern sollen proportional zum Einkommen und zum Vermögen erhoben werden, das wird erreicht, wenn für alle der gleiche Prozentsatz gilt. - Damit wäre dann für alle Bürger die gleiche Ausgangslage geschaffen, und das Vermögen gerecht verteilt, so wie es der Kommunismus vorsieht.**

Der Bundesrat war in einer schwierigen Lage. Die Forderungen konnten nur durch eine Verfassungsänderung erfüllt werden, und eine solche war nur durch eine Volksabstimmung zu erlangen. Der Vorgang würde Jahre dauern. **Das „Oltener Komitee“ wollte nicht warten.** Auf

den 7. November 1918 war eine Versammlung nach Zürich angesagt. Sie sollte den Auftakt zur Neuordnung der Schweiz bilden, oder, **wie die bürgerlichen Politiker fürchteten, eine Revolution auslösen.**

Um die Ordnung zu erhalten, bot der Bundesrat eine Infanterie-Brigade nach Zürich auf. Daraufhin rief das Oltenner Komitee zu einem Proteststreik auf für den 9. November. Er sollte 24 Stunden dauern und auf 19 grössere Industrieorte beschränkt sein.

Dieser **Proteststreik am 9. November** verlief ruhig, ausser in Zürich, wo einzelne Arbeitergruppen mit Soldaten zusammenstiessen.

Am **10. November wurde in Zürich eine Demonstration** gewaltsam durch das Militär aufgelöst.

Am 11. November **rief das Oltenner Komitee für den nächsten Tag den Generalstreik aus.** Die ganze Wirtschaft des Landes sollte gelähmt werden. In den Fabriken sollte nicht mehr gearbeitet werden. Die Bahnen sollten nicht mehr fahren. Die Post sollte nicht mehr arbeiten, Zeitungen nicht mehr erscheinen. Der Bundesrat bot neue Truppen auf und unterstellte Bahn und Post der Armee.

Am 12. November wurde der Landesstreik in den Industriegebieten der deutschsprachigen Schweiz mit etwa 300 000 Streikenden fast überall durchgeführt - nicht aber auf dem Land. Arbeitswillige Angestellte wurden am Betreten der Fabriken gehindert. Fabriken, die dem Streikbefehl nicht folgten, wurden zur Stilllegung des Betriebes gezwungen. **Die Zahl der eingerückten Truppen betrug nun 110 000 Mann.** Die Arbeit im ganzen Land sollte ruhen, bis die Forderungen der Arbeiter erfüllt wären.

Am **14. November fordern die Unruhen in Grenchen drei Todesopfer.** Eine Delegation des Oltenner Komitees überbrachte dem Bundesrat den Beschluss, **den Streik abubrechen** und erklärte: *„Wir sind mit unseren Forderungen nicht durchgedrungen. Die Arbeiterschaft erlag der Macht der Bajonette, aber sie ist nicht besiegt. Im Generalstreik hat sie zum ersten Mal eine Waffe von grösster und furchtbarer Bedeutung, wenn es sein muss, erlangt, sie gilt es auszubauen und zu schärfen. Der Landesstreik ist beendet, der Kampf der Arbeiterklasse geht weiter...“*

Die Generalstreikforderungen erlebten dann unterschiedliche Schicksale. Während einige bis heute nicht verwirklicht sind – etwa die Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden – wurden andere relativ rasch erfüllt.

Die Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzwahlrecht erfolgte im Herbst 1919. Dabei konnte die SP ihre Sitze im Nationalrat beinahe verdoppeln, während der Freisinn seine absolute Mehrheit einbüsste. Die 48-Stunden-Woche wurde auf Anfang 1920 verwirklicht. Dies bedeutete eine massive Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohneinbusse. Die AHV wurde im Jahre 1925 in die Verfassung aufgenommen, bis zu ihrer tatsächlichen Einführung vergingen aber noch mehr als zwanzig Jahre. Noch länger dauerte es bis zur Realisierung des Frauenstimmrechts. In Deutschland und in Österreich wurde dieser Schritt unmittelbar nach den Umstürzen vom November 1918 gemacht, doch die Schweizer Männer liessen sich dazu noch bis ins Jahr 1971 Zeit.

Segensreich für die Schweiz bis heute war das sogenannte **Friedensabkommen zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband in der Metallindustrie von 1937**, das dann auch unter dem Eindruck der Bedrohung durch Nazideutschland zustande kam. Damit gelang der Schweiz der Durchbruch in den erstarrten Fronten des Klassenkampfes. Der Weg zur heute in der Schweiz als selbstverständlich betrachteten **Sozialpartnerschaft** wurde beschritten: **Verhandlungen statt Konfrontation.**

